

**Rede
zur Einbringung des Haushaltes 2020/21
und der
Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes 2020 - 2021**

Stadtkämmerer Hubert Große-Ruiken

Es gilt das gesprochene Wort

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,
sehr geehrte Damen und Herren!

Folie 1



Wir bringen heute den Doppelhaushalt 2020/21 und die Fortschreibung des Haushaltssanierungsplanes bis 2021 in den Rat ein. Den Weg des Doppelhaushaltes, mit dem wir bereits früher Erfahrungen sammeln konnten, haben wir gemeinsam gewählt, um damit den Terminproblemen in Zusammenhang mit der Kommunalwahl am 13.09.2020 zu entgehen. Wir können, das ist unsere gemeinsame feste Überzeugung, dem neu gewählten Rat nicht abverlangen, als erste Amtshandlung den Haushalt 2021 zu beschließen. Wir wollen auch nicht warten, bis sich der neue Rat gefunden hat. Denn dann wird es März und wichtige Vorhaben und Investitionen lägen bis dahin auf Eis.

Mit Zustimmung der Kommunalaufsicht werden wir nun hoffentlich im November 2019 einen genehmigungsfähigen Haushalt 2020/21 beschließen, der solange gilt, bis der neu gewählte Rat einen Nachtrag beschließt. Damit erhält der neue Rat die Möglichkeit,

einerseits auf Vorhandenes aufzubauen, aber andererseits ggf. auch neue Akzente zu setzen.

Ich habe gerade betont, dass wir im November 2019 einen hoffentlich genehmigungsfähigen Haushalt 2020/21 beschließen können. Das wird die zentrale Frage der nächsten zwei Monate sein, auf die wir eine Antwort finden müssen.

Denn der Verwaltungsvorstand legt Ihnen einen in allen Jahren bis 2024 nicht ausgeglichenen und damit nicht genehmigungsfähigen Haushalt vor. Das ist dahingehend zu verstehen, dass wir für dieses Ziel politische Entscheidungen benötigen, aber uns bis dahin auch einen Erkenntnisgewinn erhoffen, obwohl diese Hoffnung eher klein ist. Die Rahmendaten sind im Großen und Ganzen bekannt und werden sich nicht mehr ändern.

Fehlbedarfsentwicklung Erster Entwurf 2020-2021			
Jahr	Fehlbedarf (-) Überschuss aus dem Finanzplan des Vorjahres	Erster Entwurf Haushalt 2020/21	Differenz
2019	392.537 €		-392.537 €
2020	2.445.542 €	-5.731.550 €	-8.177.092 €
2021	1.713.832 €	-5.841.718 €	-7.555.550 €
2022	288.803 €	-5.936.620 €	-6.225.423 €
2023		-5.926.250 €	
2024		-6.340.700 €	

Hubert Große-Rülken, 18.09.2019 2

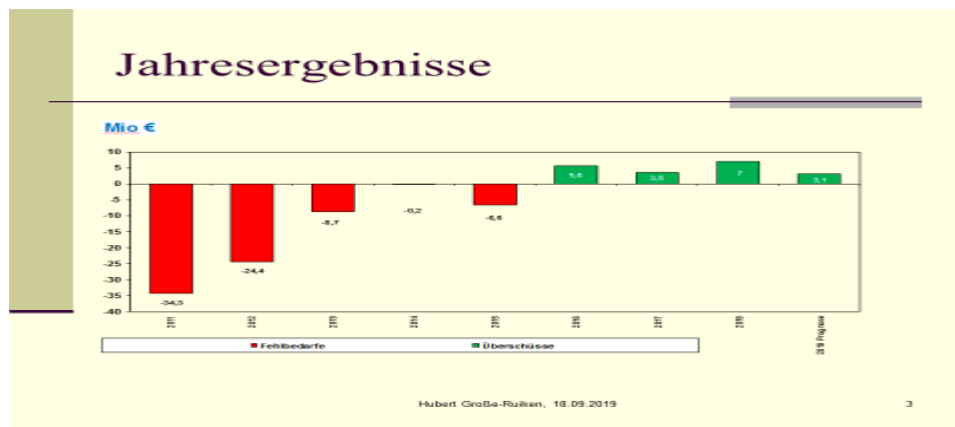
Die Zahlen, die der erste Entwurf ergab, waren erschreckend und dokumentierten darüber hinaus, dass es sich nicht um eine vorübergehende Schwäche handelt, sondern dass wir Gefahr laufen, in ein neues strukturelles Defizit zu geraten. Es gilt, meine Damen und Herren, einer solchen Gefahr frühzeitig zu begegnen. Wir dürfen es nicht zulassen, das als gottgegeben zu akzeptieren. Das haben wir in den 1990-iger und 2000-er Jahrzehnten gemacht; das damalige Versäumnis, durch fehlenden Mut frühzeitig darauf zu reagieren, dürfen wir nicht noch einmal begehen.

Sie dürfen mit Recht die Frage stellen: Wie konnte es dazu kommen? Wir haben in den letzten Jahren doch alles getan, um die städt. Finanzen zu stabilisieren und haben auch alle Vorgaben erfüllt, die die Kommunalaufsicht von uns verlangt hat. Ich gebe Ihnen Recht.

Ein kleiner Rückblick bestätigt uns das auch.

II. Eigenkapital

Da ist zunächst das Eigenkapital. Wir haben seit 2016 jährlich Überschüsse zwischen 3 Mio. € und 7 Mio. € erzielt.



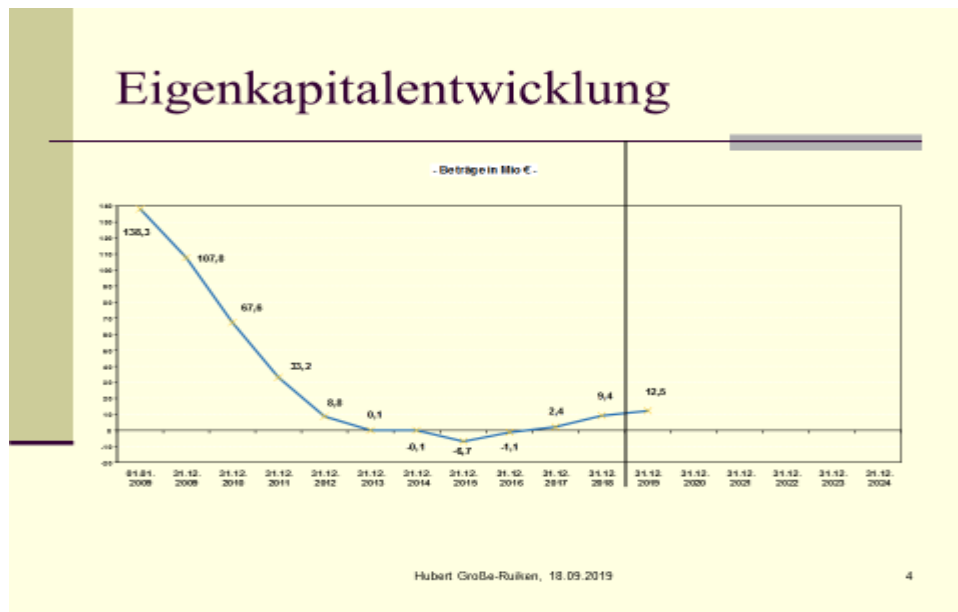
Dies hat sicherlich dazu beigetragen, dass sich die Auffassung verfestigt hat, die harten Jahre des Sparens sind vorüber und wir können uns wieder etwas erlauben. Ich habe dazu immer eine vorsichtigeren Ansicht vertreten und dafür geworben, nachhaltig zu denken und einzukalkulieren, dass auch wieder schlechtere Zeiten kommen können. Diese Zeiten scheinen nun anzubrechen.

Ein Kenner der Szene hat im Januar bei der NRW-Bank dazu die Aussage gemacht, die ich sehr treffend fand

„Die Haushalte werden in guten Zeiten ruiniert“.

Parallel zu den positiven Jahresabschlüssen haben wir auch unser Eigenkapital wieder aufbauen können.

Folie 4



Vom Mindestbestand von rd. 20 Mio. € sind wir dann noch rd. 8 Mio. € entfernt.

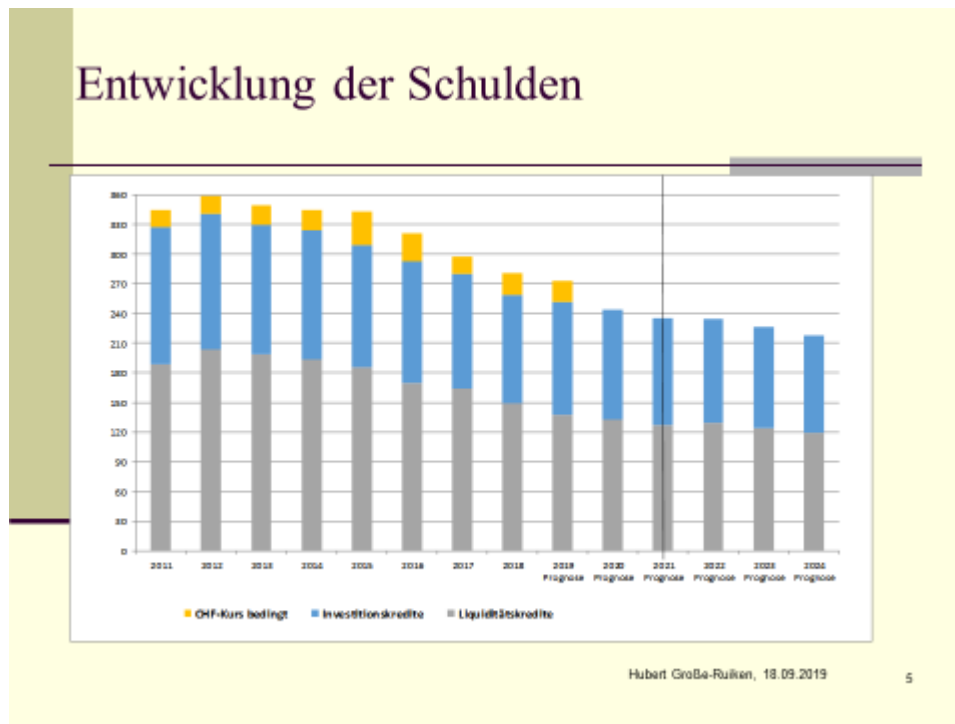
Für die Zeit nach dem Stärkungspakt ist diese Zahl wichtig: Erst wenn dieser Grundstock vorhanden ist, darf man den Gewinnvortrag – bei uns ist das die Ausgleichsrücklage – füllen. Diese Ausgleichsrücklage kann man in Anspruch nehmen, wenn es mal nicht so gut läuft, ohne dass man erneut in die Haushaltssicherung gerät.

Geht man aber an den Grundstock heran, muss man wieder ein Haushaltssicherungskonzept aufstellen. Ich glaube, dass das hier im Saale nicht wirklich einer will.

III. Verschuldung

Ein Bereich, bei dem wir ebenfalls positiv gut vorangekommen sind, ist die Entschuldung. Ein wichtiger Baustein unserer Haushaltssanierung war und ist der Abbau der Verschuldung, um das damit einhergehende Zinsrisiko zu beseitigen.

Folie 5



Die Investitionskredite sind seit 2009 von 148 Mio. € um 34 Mio. € auf 114,3 Mio. € gesunken, obwohl wir in 2019 unter anderem wegen des Darlehens an die DNG für den Gasnetzkauf voraussichtlich einen Anstieg um 4,8 Mio. sehen.

Die Investitionskredite sind aber nicht unser Hauptproblem. Viel wichtiger ist der Abbau der Liquiditätskredite. Diese haben wir seit dem Höchststand in 2012 von 203 Mio. € auf nun 137,3 Mio. € zurückgeführt.

Angesichts der Lage auf dem Kapitalmarkt muss man sich zurzeit fragen lassen, ob der Abbau der Verschuldung überhaupt noch das richtige Rezept ist oder man besser in die Infrastruktur investiert. Investitionskredite kosten bei einer 30-jährigen Zinsfestschreibung weniger als 1% an Zinsen.

Mit Liquiditätskrediten verdient man heute sogar Geld. Und das nicht zu knapp. Derzeit sind es -0,4%.

Lohnt sich dann noch Schuldentilgung? Soll man nicht besser in die Infrastruktur investieren?

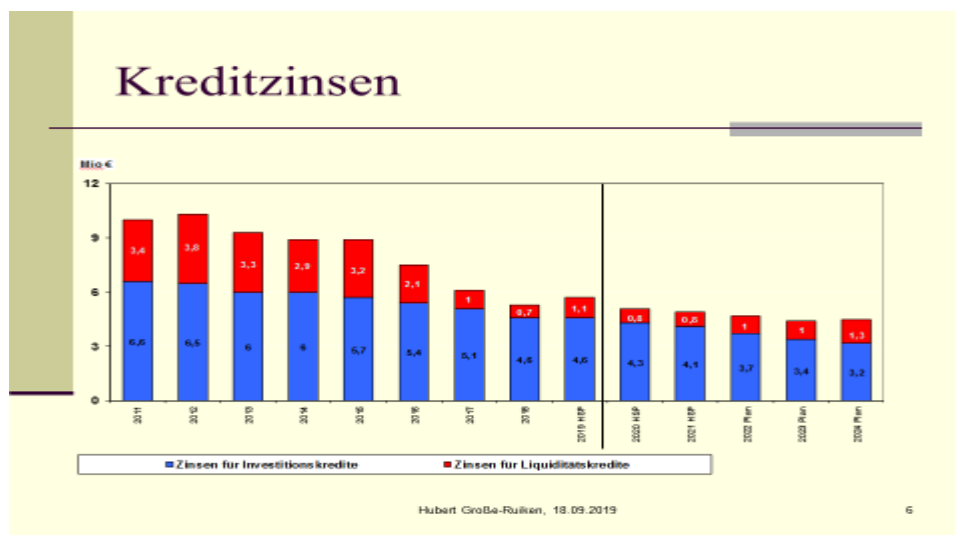
Ich präferiere das „Sowohl aus auch“. Wir müssen uns, meine Damen und Herren, einerseits dringend von den Liquiditätskrediten verabschieden. Die niedrigen Zinsen für Liquiditätskredite wird es nicht dauerhaft geben. Allein das Zinsänderungsrisiko, das von den Kassenkrediten ausgeht, gebietet uns das, auch wenn wir in den nächsten ca. 2 Jahren hier kaum etwas befürchten müssen.

Bei den Investitionskrediten muss man sich in der Tat entscheiden:

- Wir müssen viel in die Infrastruktur investieren. Der Sanierungsstau ist allgemein bekannt. Wir haben im letzten Jugendhilfeausschuss eine Strategie für den künftigen Umgang mit Investitionen in die Kindergärten vorgelegt. Am 23.09. werden sich die zuständigen Ausschüsse über eine Sanierungsstrategie bei den städt. Sporthallen beschäftigen. Bei den Schulen helfen die vielfältigen Förderprogramme.
- Wird kräftig in die Infrastruktur investiert, müssen neue Schulden gemacht werden. Neue Schulden lösen neue langfristige Lasten aus. Zwar sind die Zinsen auch für lange Laufzeiten historisch niedrig; aber es entstehen auch neue Abschreibungen, über die die Tilgung finanziert wird. Beides muss im Ergebnishaushalt erwirtschaftet werden. Dieser aber ist defizitär. Also müssen neue Abschreibungen an anderer Stelle eingespart werden. Aber wo? Welche Prioritäten setzen wir? Nur eins, nämlich alles, geht nicht.
- Kräftige Investitionen lösen auch neue Kosten für Betrieb und Unterhaltung aus. Eine bessere Raumausstattung der Schulen und eine digitale Ausstattung müssen unterhalten, betrieben und später auch ersetzt werden. Dafür gibt es keine Förderprogramme. Wir müssen uns also damit auseinandersetzen, woher auch dieses Geld kommen soll.

Parallel zur Verschuldung, aber auch aufgrund der Marktentwicklung haben wir den Zinsaufwand deutlich zurückschrauben können.

Folie 6



Für drei ältere Liquiditätskredite mit zusammen 40 Mio. € mit längeren Laufzeiten zahlen wir im nächsten Jahr rd. 800.000,- € an Zinsen. Ansonsten erwarten wir weiterhin Null-Zinsen. Das bedeutet, dass wir derzeit für rd. 100 Mio. € keinen einzigen Euro an Zinsen bezahlen. Im Gegenteil: wir bekommen für unsere Schulden jährlich noch rd. 100.000,- € heraus.

Wie lange mag das gutgehen?

IV. Stand des Haushaltssanierungsplanes

Der Haushaltssanierungsplan endet in zwei Jahren. Die Ziele sind nahezu erreicht.

Folie 7

Status der HSP-Maßnahmen

Status	Anzahl	Zielvolumen 2021	in %	
abgeschlossen	169	8.876.900,00	43,97%	} 100,00%
Steuererhöhungen	10	8.786.900,00	43,52%	
planmäßig verlaufend	11	193.888,00	0,96%	
Zinseinsparungen	1	2.298.400,00	11,38%	
neue Maßnahmen	1	34.400,00	0,17%	
noch nicht begonnen	0	-	0,00%	} 0,00%
aufgegebene oder veränderte Maßnahmen	31	-	0,00%	
nicht planmäßig verlaufend	3	-	0,00%	
gesamt	226	20.190.488,00	100%	

Hubert GroBe-Rulken, 18.09.2019 7

Wir liegen inzwischen mit 100% im grünen Bereich. Viele Maßnahmen laufen besser als erwartet. Die finanziellen Ziele, die wir uns im Jahre 2012 gesetzt haben, übertreffen wir mit rd. 1 Mio. € im Jahr. Die Personen in Rat und Verwaltung, die damals diesen Haushaltssanierungsplan entworfen, erstellt, beraten, verabschiedet und anschließend umgesetzt haben, haben aus heutiger Sicht weitsichtig, aber umsichtig gehandelt. Dafür gebührt ihnen heute unser Dank.

V. Haushaltsentwurf 2020/21

Warum stehen wir nun in 2020, obwohl ich aus den letzten Jahren nur Erfolgsmeldungen bringen kann, da, wo wir nun stehen.

Die erste und wichtigste Botschaft hat Bundesfinanzminister Olaf Scholz bereits im Frühjahr 2019 verkündet und musste uns aufrütteln:

Die fetten Jahre sind vorbei!

Das spiegelt sich auch in unseren Haushaltszahlen wieder. Wir stehen in einem engen Finanzverbund mit Bund und Land. Wir dürfen nicht übersehen, dass die Zeit der Haushaltssanierung eng mit einem beispiellosen konjunkturellen Aufschwung verknüpft war. Hätten wir die wirtschaftlichen Verhältnisse des Jahres 2012 durchweg bis heute gehabt, stünden wir viel schlechter da. Vieles von dem, was wir uns in den letzten Jahren zusätzlich erlauben konnten, hätte es dann nicht gegeben. Wir hätten

- Keine Stadtagentur
- Keine Kunstrasenplätze
- Keine jährliche Erhöhung der Zuschüsse für die Vereine
- die Stellenpläne nicht erweitert
- Beförderungs- und Wiederbesetzungssperren nicht gelockert
- die Mittel für die Bauunterhaltung nicht erhöht
- kein Stadumbauprojekt „Wir machen Mitte“ und andere Stadumbauprojekte
- ...

Wir hätten aber höhere Steuersätze!

Schaut man sich nun die Ursachen unseres Defizits an, so lassen sie sich in drei Hauptpunkte zusammenfassen:

- Konjunktur
- Demografie
- Soziales

Folie 8

Ursachen

■ Geringere Zuwachsraten bei der Einkommensteuer	-1,4 Mio. €
■ Niedrigere Beteiligung an der Umsatzsteuer wegen ungeklärter Finanzierung der Flüchtlinge	-0,6 Mio. €
■ Geringere Schlüsselzuweisungen durch eine höhere Steuerkraft und geringere Zuwachsraten	-2,4 Mio. €
■ Höherer Rückstellungsbedarf für Pensionen	-1,8 Mio. €
■ Höherer Aufwand für die Kindergärten KiBiZ-Reform und zusätzliche Betreuungsplätze	-1,1 Mio. €
■ Höhere Jugendhilfeaufwendungen	-0,6 Mio. €

Hubert Große-Rußken, 18.09.2019

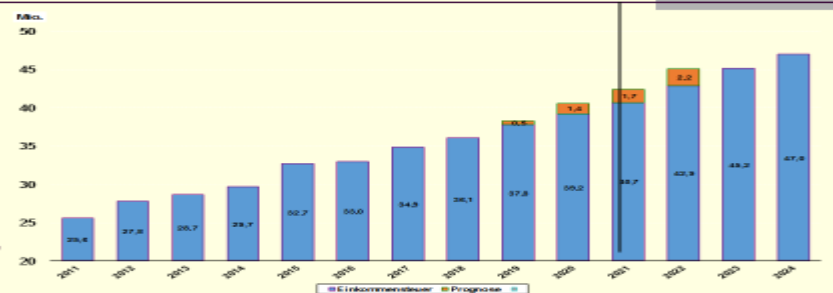
8

V.1. Einkommensteuer

Der Anteil an der Einkommensteuer ist für uns noch vor der Gewerbesteuer die wichtigste Einnahmequelle. Wir spüren also in der Stadt sofort, wenn der Konjunkturmotor zu stottern beginnt. Bund und Land haben gegenüber dem letzten Jahr ihre Prognosen deutlich abgesenkt.

Folie 9

Beteiligung an der Einkommensteuer



Hubert Große-Rußken, 18.09.2019

9

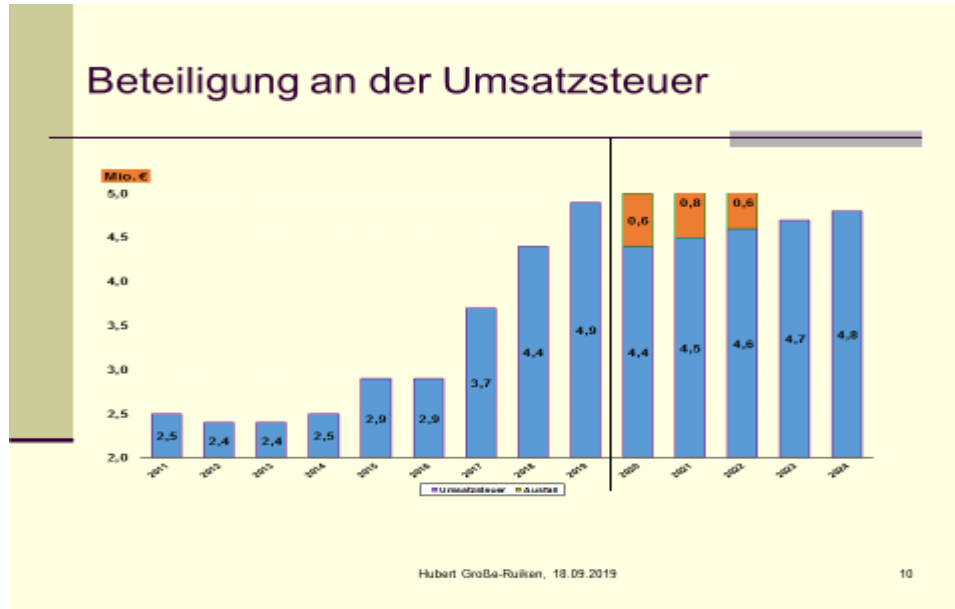
Zwar wird weiterhin mit steigenden Steuereinnahmen gerechnet, aber die Zeit der hohen Zuwächse ist vorbei. In der Grafik habe ich illustriert, welche Auswirkungen die revidierten Erwartungen in 2020 und 2021 von seinerzeit über 5% auf nun rd. 3,5% haben. Ich befürchte aber, dass das noch nicht reicht. Für die Jahre 2022 und 2023 werden nämlich immer noch 5,4% Steigerung angesetzt. Zu hohe Werte, wie ich finde.

Die Auswirkungen der fehlenden Beträge sind beträchtlich.

V.2. Umsatzsteuer

Über den Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer wird seit 2017 ein Teil der vom Bund zugesagten 5 Mrd. € Entlastung der Kommunen und seit 2018 ein Teil der

Folie 10



Flüchtlingskosten finanziert. Daher der sprunghafte Anstieg seit 2017. Dadurch ist das ohnehin komplizierte Geflecht im Kontext mit den SGB-II-Aufwendungen und der Finanzierung der Eingliederungshilfe noch unüberschaubarer geworden. Und es durchdringt kaum noch jemand. Und ungerecht ist es auch, weil die Aufwendungen nun gar nichts mit den Gemeindeanteilen an der Umsatzsteuer zu tun haben. Von der Umsatzsteuer profitieren nämlich steuerstarke Kommunen; die Kosten verteilen sich jedoch nach ganz anderen Kriterien und treffen steuerstarke und steuerschwache Kommunen gleichermaßen.

Das insgesamt zu kompliziert gewordene Finanzgeflecht zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verheddert sich nach meiner Ansicht immer mehr zu einem Konstrukt kollektiver Unverantwortung. Letztlich weiß keiner mehr so genau, wer was finanziert und vor allem, wer die Sach- und Ressourcenverantwortung hat.

Wegen der ungeklärten Flüchtlingsfinanzierung sinkt der Gemeindeanteil an der Umsatzsteuer in 2020 um rd. 10%. Das sind 600.000,- €. Die Kosten bleiben natürlich; sei es beim Kreis über die SGB-II-Aufwendungen oder bei uns über das Asylbewerberleistungsgesetz.

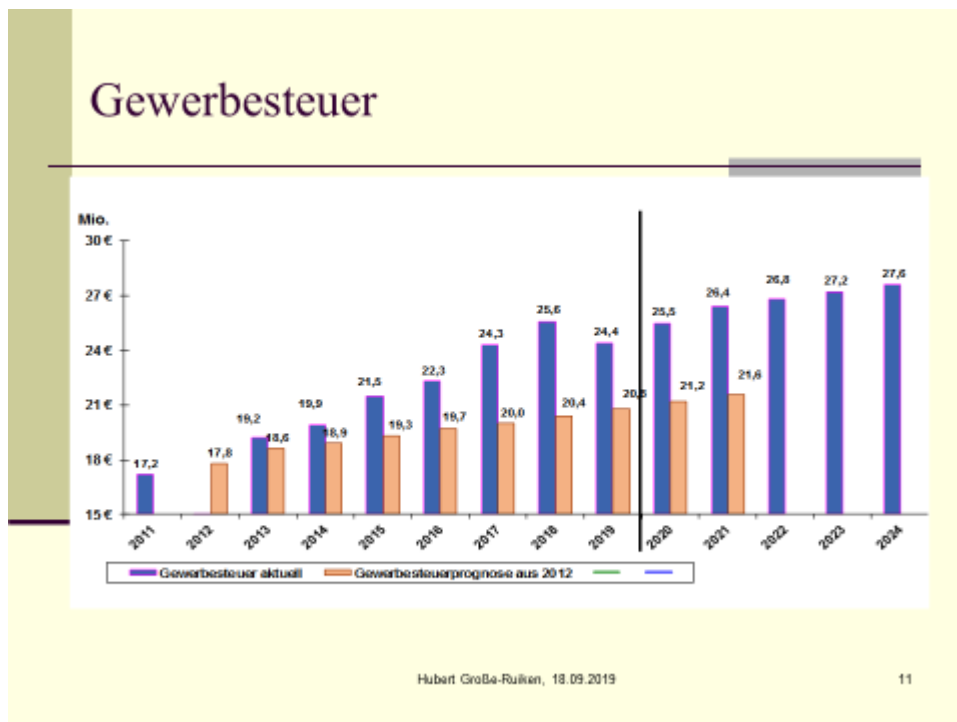
Seit einigen Tagen gibt es einen Gesetzentwurf der Bundesregierung, der die Flüchtlingsfinanzierung für 2020 und 2021 regeln soll. Die genannten 600 Mio. € werden so in 2020 und 2021 nicht eintreten; aber die Flüchtlingsfinanzierung wird sinken, das steht fest. Das ganze Loch wird es nun in 2022 geben.

Auch die Integrationspauschale des Bundes soll von 1 Mrd. € auf 700 Mio. € in 2020 und 500 Mio. € in 2021 sinken. Selbst wenn sie vom Land – wie in 2019 beabsichtigt – zu 100% an die Kommunen weitergeleitet wird, so gibt es sie nur noch für 2020 und 2021. Wir haben die 100%-Weiterleitung sowieso nicht eingeplant; insofern droht uns hier keine unliebsame Überraschung.

V.3. Gewerbesteuer

Bevor wir zu den weiteren Ursachen kommen, noch ein kurzer Blick auf unsere Gewerbesteuerentwicklung:

Folie 11



Sie ist es nicht, die unseren Haushalt in eine Schiefelage bringt; das Gegenteil ist der Fall. Sie können der Grafik entnehmen, dass die Gewerbesteuer (im Übrigen auch die Grundsteuer) weitaus stärker gewachsen ist, als wir dies in 2012 sahen. Dies spiegelt die konjunkturelle Sonne wider, die seit Jahren über uns scheint.

Auch in 2019 werden wir die Zielmarke, bedingt durch Einmaleffekte, deutlich überspringen. Rd. 3 Mio. € mehr werden voraussichtlich auf unserem Konto sein, als bislang erwartet.

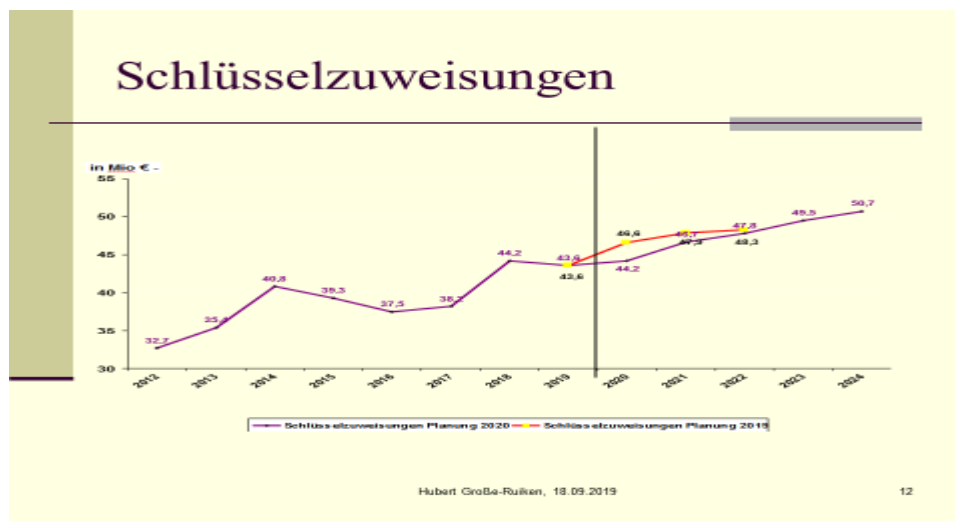
Aber die Konjunkturertrübung wird sich auch bei der Gewerbesteuer bemerkbar machen. Ich warne deshalb davor, die Ergebnisse der Vorjahre zum Maßstab für die Kalkulation der nächsten Jahre zu machen.

V.3. Schlüsselzuweisungen

Und damit bin ich bei der Kehrseite der Medaille. Gute Steuereinnahmen haben ihren Preis, wenn sie über dem Landesdurchschnitt liegen. Und wenn dann auch noch die Verbundmasse nur halb so hoch ist als sie im letzten Jahr angekündigt wurde, so hat das Folgen.

Damit bin ich bei den Schlüsselzuweisungen.

Folie 12



Unsere Steuerkraft ist in der Referenzperiode vom 01.07.2018 bis 30.06.2019 um 4,4 Mio. € oder 6,2% gestiegen. Das ist ein toller Wert. Davon waren allerdings 2,5 Mio. € Ergebnis eines Einmaleffektes.

Landesweit sind die Steuereinnahmen nur um 5,2% gestiegen. Da das Finanzausgleichssystem Finanzkraftunterschiede gepaart mit Bedarfsmesszahlen ausgleicht, sinkt damit der Anteil der Stadt an den Schlüsselzuweisungen.

Zugleich sahen die Orientierungsdaten des Landes im letzten Jahr eine Steigerung dessen, was im Topf ist, um 5,6% vor. Im Sommer dieses Jahres wurde der Topf jedoch nur mit 2,6% mehr bestückt, also weniger als die Hälfte dessen, was angekündigt war.

Dass diese beiden Komponenten zu einem Einnahmeeinbruch führen, dürfte auf der Hand liegen.

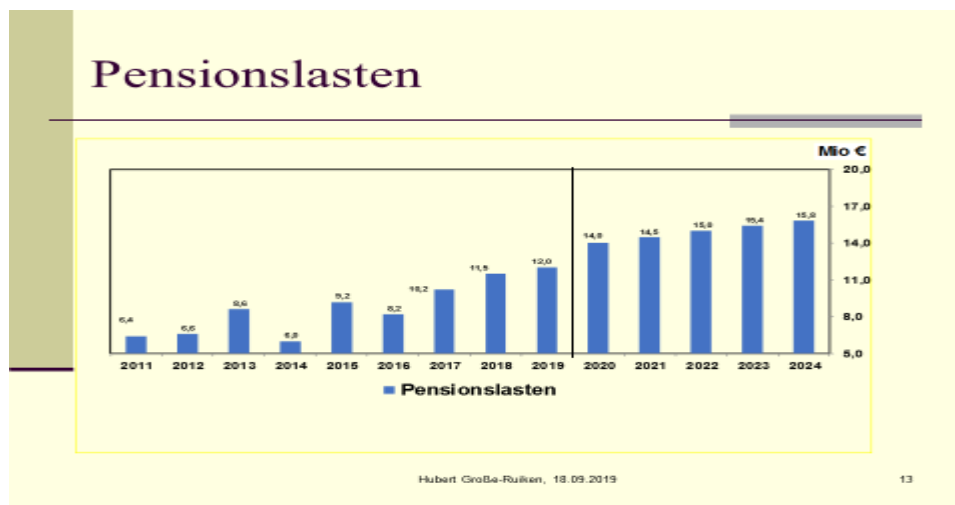
Anhand eines Beispiels möchte ich die Zufälligkeiten illustrieren. Der Einmaleffekt von 2,5 Mio. € wurde uns am 25.06.2019 überwiesen. Wäre das Geld am 01.07. geflossen, hätten wir die geringeren Zuweisungen nicht in 2020 gehabt; dafür aber in 2021.

Daran mögen Sie erkennen, dass wir langfristige Entwicklungen im Blick haben müssen und frühzeitig korrigierend eingreifen müssen, wenn sich Probleme abzeichnen. Wir neigen dazu, den Haushalt nur jahresbezogen zu denken und glauben, gute Entwicklungen halten dauerhaft. Dann geben wir Geld aus, was wir langfristig gar nicht haben. Langfristige Verpflichtungen müssen auch langfristig finanzierbar sein und nicht kurzfristig.

V.4. Versorgungsaufwand

Eine weitere Ursache für die Schieflage ist der Versorgungs- und Beihilfeaufwand.

Folie 13



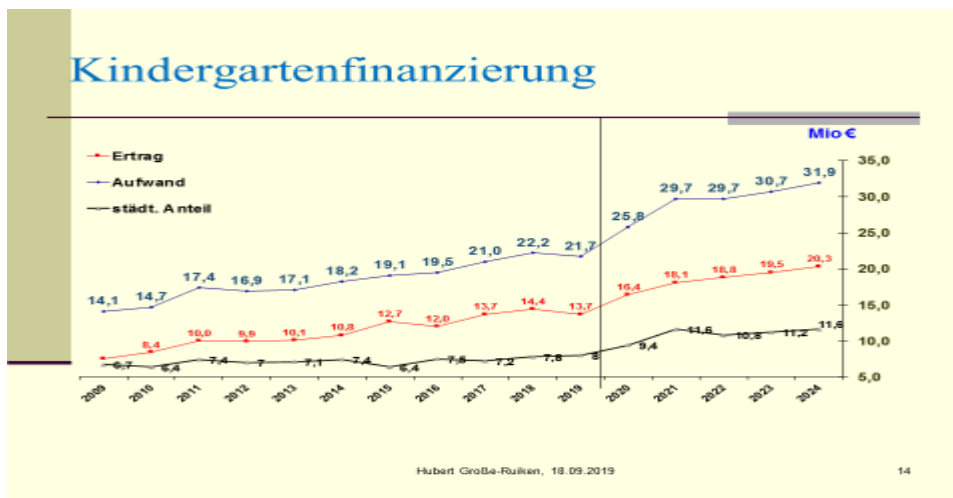
Wir werden immer älter und die medizinische Versorgung wird besser. Zudem steigen mit den Gehältern der Beamten auch die Pensionen und damit der Rückstellungsaufwand.

Der tatsächliche Aufwand lässt sich nicht wirklich kalkulieren; in den letzten zwei Jahren reichten die Ansätze in jedem Jahr um mehrere 100.000 € nicht aus. Auch für 2019 dürfte der Ansatz viel zu niedrig sein. Wenn wir jetzt in 2020 die Ansätze der Realität annähern, führt dies zu einem beträchtlichen Mehraufwand, der kompensiert werden muss. Sparpotentiale gibt es hier nicht; also müssen die anderen Bereiche dafür herhalten. Sparpotential gibt es nur langfristig: Wenn wir weniger Beamte haben, haben wir auch weniger Pensionslasten; dafür bei den Tarifbeschäftigten mehr Aufwand für die Sozialversicherung.

V.5. Kindergartenfinanzierung

Meine Damen und Herren, die frühkindliche Bildung ist in aller Munde.

Folie 14



Der Bedarf an Kindergartenplätzen wird immer größer, auch wenn die Geburtenzahlen stagnieren. Während wir bei den Ü-3-Kindern eine 100%-Versorgung haben, haben wir sie bei der U-3-Betreuung trotz des Rechtsanspruchs auf Betreuung noch lange nicht. Daher steigt der Bedarf an U-3-Plätzen ständig an. Mehr Betreuungsplätze für U-3-Kinder gehen aber zu Lasten von Ü-3-Plätzen. Folge ist: wir müssen kurzfristig neue Kindergartenplätze schaffen, auch deshalb, um die notwendig gewordenen vielen Provisorien abzuschaffen und die räumliche Versorgung zu verbessern.

Aber das kostet. Investitionen und Betriebskosten. Da sind zum Einen die gesetzlich vorgeschriebenen Jugendamtsanteile. Aber da kein Träger mehr bereit ist, für zusätzliche Plätze die im Gesetz vorgesehenen Trägeranteile zu bezahlen, muss die Stadt diese auch noch finanzieren. Praktisch zahlt somit die Stadt die gesamten Kosten, auch wenn der Kindergarten von einem anderen Träger betrieben wird.

Auch die von allen Seiten kritisierte Unterfinanzierung des Systems kostet. Der von allen Seiten gefeierte Kindergartenkompromiss vom 08.01.2019 war kein echter Kompromiss, sondern Ergebnis einer Erpressungsaktion des Landes. Tenor war: entweder die Kommunen beteiligen sich an den Mehrkosten von 700 Mio. € zur Hälfte, also mit 350 Mio. € oder wir lassen alles beim Alten und schicken Euch die Träger auf den Hals.

Die Ergebnisse sehen Sie auf der Grafik. Wir werden für die Kindergärten in den nächsten Jahren immer tiefer in die eigene Tasche greifen müssen. Die Zahlen sind zudem alle „geschossen“; weil wir nicht wirklich wissen, was auf uns zukommt. Wir müssen uns finanziell auch auf noch Schlimmeres gefasst machen.

Sorge bereitet mir auch, dass in den Zahlen die 5 Mrd. € des Bundes aus dem „Gute KiTa-Gesetz“ enthalten sind. Die 5 Mrd. € gibt es aber nur bis 2022. Ab 2023 gibt der Bund kein Geld mehr. Woher dann die rd. 1,3 Mrd. €, die das Land bis 2022 erhält, ab 2023 herkommen sollen, weiß ich nicht.

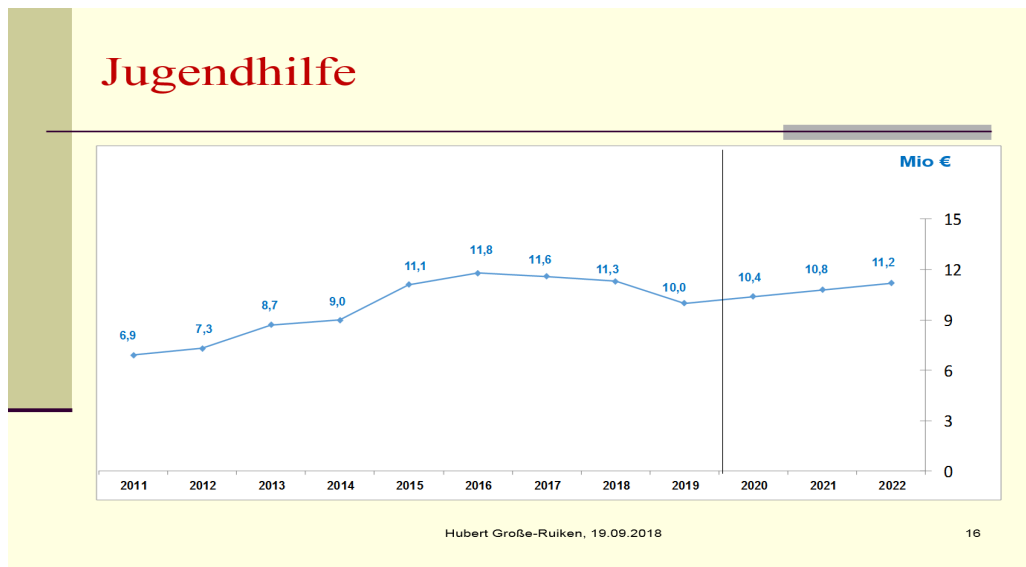
Bedenklich ist auch, dass in diesen Beträgen noch nichts für die von allen Seiten geforderte Qualitätsverbesserung enthalten ist. Abgesehen davon, dass es das dafür erforderliche Personal gar nicht gibt, wird dies auch Konsequenzen auf die räumliche Ausstattung haben.

Eine qualitativ gute Kindertagesbetreuung ist nicht zum Nulltarif zu haben; unsere Gesellschaft wird die Frage zu beantworten haben, wer die damit verbundenen Lasten zu tragen hat.

V.6. Jugendhilfe

Große Sorgen machen wir uns immer wieder um die Kosten der Jugendhilfe.

Folie 15



Nachdem wir von 2016 bis 2018 eine leichte Entspannung erlebt haben, gehen nun die Kosten wieder nach oben. Ein Trend, der nicht nur für Dorsten gilt: In allen mir bekannten Städten wird die Entwicklung der Jugendhilfeaufwendungen beklagt. Die Jugendhilfe bleibt dauerhaft eine gesellschaftliche und finanzielle Herausforderung.

VI. Maßnahmen für den Haushaltsausgleich

Ich rufe noch einmal in Erinnerung: Als der erste Entwurf des Haushaltes fertig war, sah die Bilanz folgendermaßen aus:

Folie 16

Fehlbedarfsentwicklung Erster Entwurf 2020-2021

Jahr	Fehlbedarf (-) Überschuss aus dem Finanzplan des Vorjahres	Erster Entwurf Haushalt 2020/21	Differenz
2019	392.537 €		-392.537 €
2020	2.445.542 €	-5.731.550 €	-8.177.092 €
2021	1.713.832 €	-5.841.718 €	-7.555.550 €
2022	288.803 €	-5.936.620 €	-6.225.423 €
2023		-5.926.250 €	
2024		-6.340.700 €	

Hubert Große-Ruiken, 18.09.2019

Wenn man es dauerhaft mit solchen Fehlbeträgen zu tun hat, dann gilt es, neue strukturelle Ansätze zu finden, um den Haushaltsausgleich sicherzustellen. Dies geht aber nicht von heute auf Morgen und erst recht nicht innerhalb von drei Monaten. Wir haben uns deshalb im Verwaltungsvorstand dazu entschlossen, einige Sofortmaßnahmen zu ergreifen. Diese sind:

Folie 17

Sofortmaßnahmen

Maßnahme	2020	2021
Anpassung von Steuereinnahmen, Gewinnabführungen, Ertragsanpassungen u. a. an Ergebnisse der Vorjahre	2.640.950	2.678.148
Einsparungen im Bürgermeisterbüro	50.000	50.000
Senkung des Zuschussbedarfes des StA 10 - Anpassung der Ansätze an die Ergebnisse der Vorjahre	50.000	50.000
Erhöhung der pauschalen Einsparung im Personaletat von 5% auf 6,3%	500.000	500.000
Senkung des Verlustausgleichs des Bäderbetriebes auf 900.000 € p. A.	132.000	132.000
Überprüfung der Bußgelderträge - Anpassung der Ansätze an die Entwicklung	50.000	50.000
Senkung des Mehrbedarfes für Schulmöbel (Ansatz 2019 = 61.500,- €; Mehrbedarf jährlich 145.000,- €) auf einen Gesamtansatz von jährlich 100.000,- €.	106.500	106.500
Anpassung der Schülerfahrkosten an die Ergebnisse (2018 = 1,18 Mio. €; Ansatz 2020 = 1,4 Mio. €)	150.000	150.000
Absonkung des zusätzlichen Zuschussbedarfes bei den Betriebskosten der Kindergärten auf 10% bzw. 15%	296.000	355.500
Senkung des Zuschussbedarfes des StA 62 - Anpassung der Ansätze an die Ergebnisse der Vorjahre	50.000	50.000
Anpassung der Kosten der Straßenbeleuchtung an die Ergebnisse der Vorjahre	164.400	175.200
Summe	4.189.850	4.297.348

An dieser Liste können Sie erkennen, dass wir in erster Linie auf Komponenten gesetzt haben, die in den Jahren 2016 bis 2018 zu den guten Jahresabschlüssen geführt haben. Wir haben also die Budgets knapper gestrikt und „Luft herausgelassen“, die sich in den letzten Jahren entwickelt hat und die es uns ermöglicht hat, neben guten Jahresabschlüssen auch das ein oder andere Problem unterjährig zu lösen.

Damit ist es nun vorbei. Wir werden mit dieser Aktion anfälliger für Risiken. Und die Liste der Risiken ist lang; deutlich länger als die Liste der Chancen.

Und dennoch reicht es noch nicht. Wir müssen noch mehr tun. Aber mit den einfachen Maßnahmen ist es dann vorbei. Auf der Agenda stehen:

Folie 18

Weitere Sparvorschläge

Maßnahme	2020	2021
Einsparung von 15 bis 20 Stellen im Stellenplan 2019 zuzügl. Tarifsteigerung 3%	750.000	773.000
Absenkung des von der Feuerwehr geltend gemachten Mehrbedarfes von 200.000 € auf 100.000 € zuzügl. 1,5% Preissteigerung	100.000	102.000
Verzicht auf den Verkehrsentwicklungsplan	95.200	45.100
Verzicht auf die zusätzlichen Planungskosten für Verkehrssampeln und Vergabe von Verkehrsplanungsleistungen	65.000	45.000
Verzicht auf den Pauschalbetrag für Konzeptentwicklungen	92.100	92.100
Verzicht auf den Pauschalbetrag für die Teilnahme an Förderprogrammen	50.000	50.000
Summe	1.152.300	1.107.200

Hubert Groß-Ruiken, 18.09.2019 19

Bereits der Vorschlag, 15 bis 20 Stellen aus dem Stellenplan 2019 zu streichen oder vorerst nicht zu besetzen, hat zu Unruhe im Rathaus geführt. Ob zu Recht, lasse ich dahingestellt. Aber aus meiner Sicht gibt es dazu gar keine Alternative. Das Personal ist einer der größten Kostenblöcke. Wir können ihn nicht ungeschoren lassen.

Ich habe das im letzten Jahr erwähnt; aber ich wiederhole es heute. Mein Sorgenkind für die dauerhafte Stabilität der städtischen Finanzen ist der Personalaufwand. Hinter Personalaufwand verbergen sich langfristige Verpflichtungen für Jahrzehnte. Ein einmal geschlossener Arbeitsvertrag wirkt für viele Jahre. Ist er nicht solide gegenfinanziert, hat das fatale Folgen. Stellen wir in guten Jahren Personal ein, muss das Personal auch bezahlt werden können, wenn die schlechten Jahre kommen.

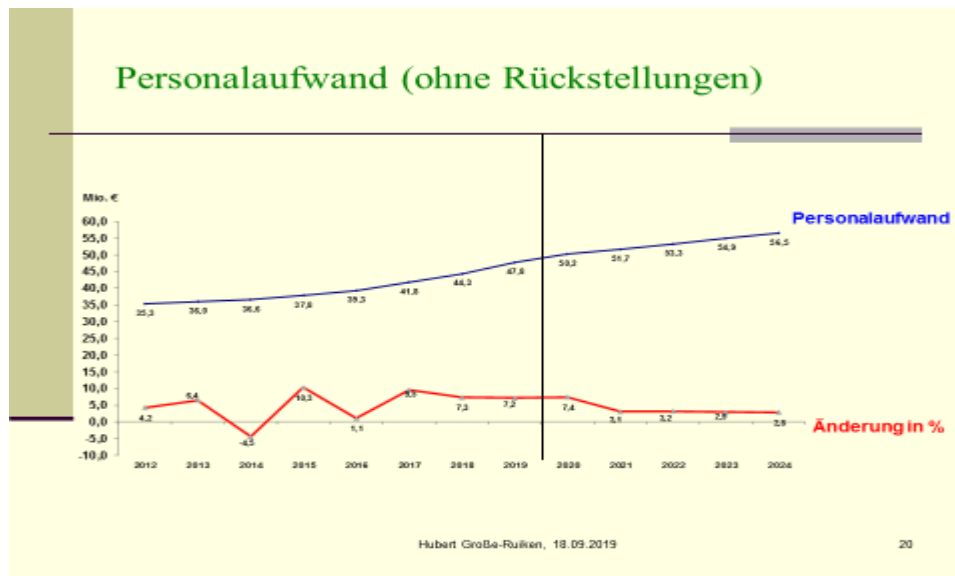
Nirgendwo wird deutlicher, dass eine jahresbezogene Denkweise **das Risiko** beim Personal ist:

Die Haushalte werden in guten Jahren ruiniert.

Wir haben in den letzten Jahren viele neue Stellen eingerichtet. Vieles war neuen Leistungsgesetzen geschuldet (Bund und Land sind mit Geld eben auch lässiger umgegangen), manches entsprach den Wünschen vor Ort.

Die Orientierungsdaten verordnen uns eine Steigerung von 1%; wir steigern den Personalaufwand in 2020 um über 7%. Allein mit Tarifsteigerungen – sie betragen durchschnittlich 3% - lässt sich der zusätzliche Personalaufwand also nicht rechtfertigen.

Folie 19



Ob die Steigerungen in 2021 ff mit jährlich 3% realistisch sind, wage ich zu bezweifeln. Denn darin ist keine einzige neue Stelle enthalten.

Es sind die zusätzlichen Stellen, die von allen Seiten gefordert werden. Weiter, schneller, höher - aber mit klammen Kassen wird das nicht gehen.

Wir können uns zusätzliches Personal nicht mehr erlauben. Wir müssen in den nächsten zwei Monaten 15 bis 20 Stellen identifizieren, die wir temporär oder dauerhaft nicht besetzen, damit wir weitere Personalkosten von 750.000,- € einsparen. Diese zusätzliche Einsparung darf es auch nicht nur für ein Jahr geben; sie muss jedes Jahr erfolgen.

Und wir müssen wieder stärker als bisher den Grundsatz praktizieren: Wenn eine neue Stelle notwendig wird, muss es eine adäquate Stelleneinsparung an anderer Stelle geben. Das mag schmerzhaft sein; es gibt aber keinen anderen Weg. Wir, und damit meine ich alle Beteiligten, müssen die Arbeitsabläufe hinterfragen, innovativer und kreativer werden und Veränderungen wagen. Wir sind geneigt, Veränderungen immer als „neue zusätzliche Aufgabe“ zu klassifizieren. Wir müssen begreifen, dass Veränderungen vielfach nicht „zusätzlich“ oder „mehr“ sind, sondern „anders“. Das zentrale Beispiel ist die Digitalisierung.

Ob es klug ist, die Ansätze für die Teilnahme an Förderprogrammen oder für Konzeptentwicklungen zu streichen, möchte ich offen lassen. Tun wir es nicht, dann benötigen wir aber andere Sparmaßnahmen.

Zwischenergebnis

Zurzeit reicht es noch nicht.

Folie 20

Zwischenergebnis				
Jahr	Erster Entwurf Haushalt 2020/21	Sofortmaßnahmen	zweite Sparliste	verbleibendes Delta
2020	-5.731.550 €	4.189.850 €	1.152.300 €	-389.400 €
2021	-5.841.718 €	4.297.348 €	1.107.200 €	-437.170 €
2022	-5.936.620 €	4.338.600 €	1.042.100 €	-555.920 €
2023	-5.926.250 €	4.637.700 €	926.000 €	-362.550 €
2024	-6.340.700 €	4.937.600 €	953.000 €	-450.100 €

Hubert Große-Ruiken, 18.09.2019 19

Wir müssen es schaffen, bis November auch noch das verbleibende Delta auszugleichen. Wie uns das gelingt, weiß ich noch nicht. Es mag Sie nicht befriedigen, dass für Gestaltung, Wünsche oder gar Wahlgeschenke – im Herbst 2020 haben wir bekanntlich Kommunalwahlen - kein Geld da sein wird.

VII. Umlagen

Sie werden von mir heute mit Ausnahme eines Satzes nichts über die Umlagen hören. Der Kreis hat sich an die Absprache aus dem letzten Jahr gehalten und wird die Umlagen von 2020 bis 2022 so festsetzen, wie sie im Finanzplan des letzten Jahres festgelegt worden sind. Das ist sehr positiv. Daran sollten wir nicht rütteln, wenn wir glaubwürdig bleiben wollen.

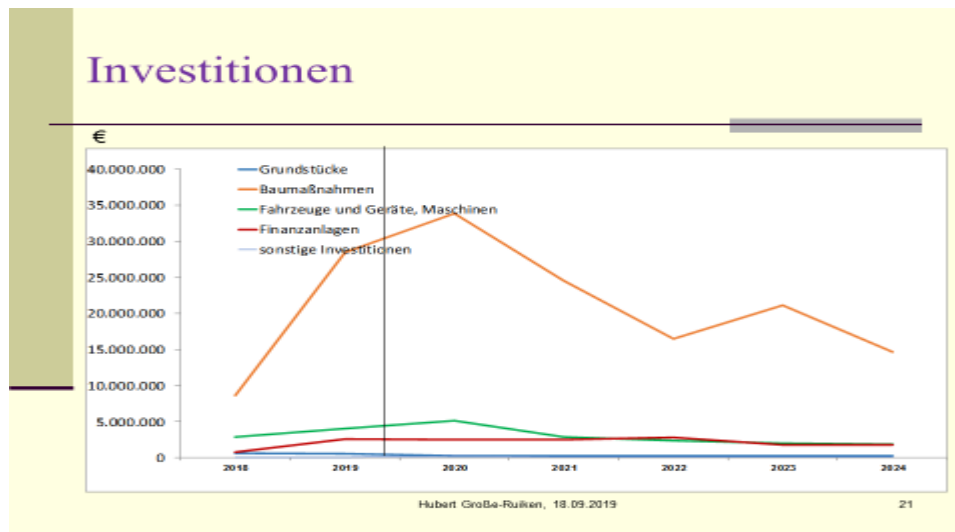
Für 2023 legt der Kreis die Zahllast erstmals fest. Ob diese gegenüber 2022 um 4% steigen darf, muss im Rahmen der Beratung des Kreishaushaltes politisch geklärt werden. Ich halte diese Steigerung für zu hoch, da unsere eigene Steuerkraft nach den Landesprognosen nur um 3,4% steigt und der Kreis zudem nach wie vor über eine Ausgleichsrücklage verfügt, die wir nicht haben.

Für 2020 bis 2022 hilft uns das nicht. Aber jetzt werden auch die Weichen für 2023 gestellt. Und hier müssen wir im Stellwerk sitzen.

VIII. Investitionen

Ich habe oben dargestellt, dass wir in den nächsten Jahren viel für unsere Infrastruktur tun wollen.

Folie 21



Die Grafik zeigt deshalb deutliche Ausschläge nach oben. Neben den üblichen Investitionen in Kanal- und Straßenbau finden sich im Investitionshaushalt das Kommunalinvestitionsförderungsgesetz, die Gute Schule 2020, Wir machen MITte, die Sekundarschule, der Neubau des Kindergartens Holsterhausen, Planungskosten für das Rathaus und der Digitalpakt wieder. Wer Details sucht, wird im Vorbericht fündig und dort jede einzelne Investition wiederfinden.

Nicht im Investitionshaushalt werden Sie die Maßnahmen finden, die wir über die angelegte Infrastrukturgesellschaft anschieben wollen. Das ist insb. der Bau von drei neuen Kindergärten und ein Sanierungs-/Neubauprogramm für die Sporthallen. Das sind Themen, die ebenfalls auf der Agenda stehen und die uns in den nächsten Monaten zusätzlich beschäftigen werden.

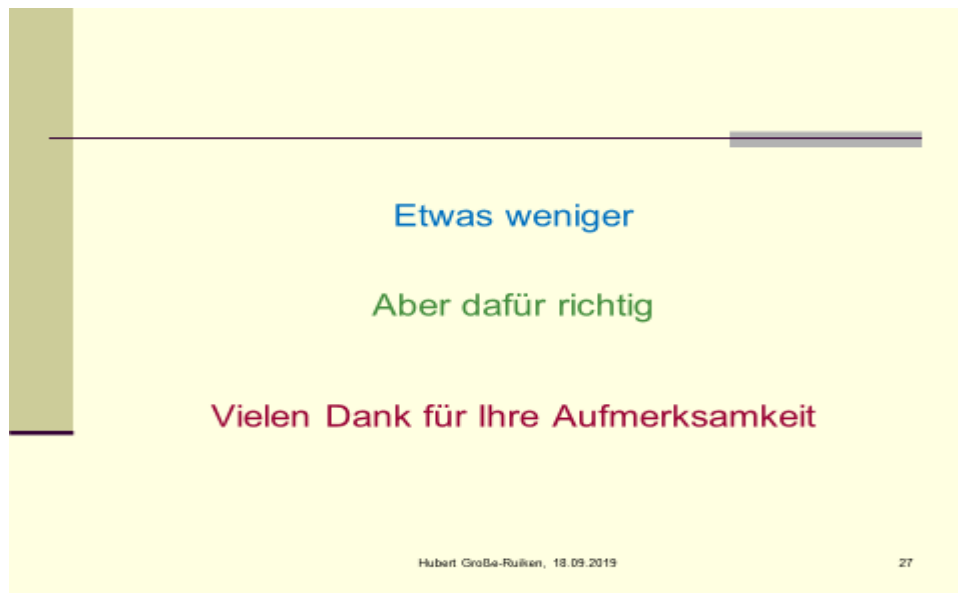
IX. Wie geht es weiter?

Meine Damen und Herren, wir stehen vor schwierigen Wochen. Wir müssen gemeinsam überlegen, wie wir den Haushalt auf Kurs halten. Wer glaubt, dass ein unausgeglichener Haushalt machbar ist, der irrt. Die Kommunalaufsicht ist in diesem Punkt beinhart. Ich glaube nicht, dass es einen hier im Raum gibt, der sich im Kommunalwahljahr 2020 mit der Kommunalaufsicht anlegen wird. Und wir können es uns überhaupt nicht erlauben, die angeschobenen Maßnahmen zu stoppen oder die Entscheidungshoheit abzugeben.

Eine vorläufige Haushaltsführung, gepaart mit der Kommunalaufsicht im Nacken, wird der Stadt nur schaden. Haben wir also den Mut, handlungsfähig zu bleiben und das Wichtige vom Unwichtigen zu scheiden und nicht auf alle Stimmen des Chores der Nörgler und Kritiker zu hören. Wir müssen nicht überall die Nase vorn haben; wir müssen mithalten. Das mag langweilig klingen. Das Nachsehen zu haben, wäre noch schlimmer.

Ich möchte, verbunden mit einem Dank an die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die mir stets mit Rat und Tat beseitestehen, meine Rede mit einem Wunsch an Sie schließen.

Folie 21

The slide has a light yellow background with a dark olive green vertical bar on the left side. A thin horizontal line is drawn across the slide. The text is centered and uses different colors for emphasis.

Etwas weniger

Aber dafür richtig

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit

Hubert Groß-Ruiken, 18.09.2019

27